

DOKUMENTATION

Staatsangehörigkeitsbestimmungen in den Verfassungen der Welt

Von *Hellmuth Hecker*

Als Herbert Krüger am 1. 4. 1955 die Leitung der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht und des Instituts für Auswärtige Politik übernahm, war die Idee von Eberhard Menzel, ein Verfassungsregister aller Gebiete der Welt zu erstellen, erst eben in einem Band (Deutschland) verwirklicht worden. Unter dem Direktorat von Krüger konnte im nächsten Jahre der Band Europa erscheinen (1956) sowie bald auch der Band Amerika (1958). Den Abschluß bildete am Ende der ersten Entkolonialisierungswelle der Band Afrika–Asien–Australien (1963), der wegen schwierigen Finanzierungsfragen nur durch den Einsatz Krügers erscheinen konnte.

Um dieses umfangreiche und unentbehrliche Registerwerk fortzuschreiben und die neuesten Entwicklungen, insb. die weiteren Verselbständigungen von Gebieten in allen 5 Kontinenten zu berücksichtigen, wurde der Weg gewählt, in dieser Zeitschrift darüber zu berichten. So erschienen hier folgende Beiträge:

M.I. Kehden: Lateinamerika, VRÜ 1968, S. 196–224

B.-O. Bryde/H. Hecker: Afrika 1975, S. 233–282

Hecker: Asien/Australien 1976, S. 81–113, 241–278

Hecker: Amerika 1979, S. 187–215, 299–317, 433–455

Der hier folgende Beitrag enthält eine Aktualisierung der bisherigen Registerbände, indem er die Verfassungen aller 175 Staaten der Welt und von 18 abhängigen Gebieten, die eine Staatsangehörigkeitsbestimmung haben, enthält. Die Reihenfolge der Kontinente entspricht dem Titel dieser Zeitschrift: Afrika, Asien (mit Australien), Amerika. Zwecks allgemeiner Rechtsvergleichung beschränkt sich die Übersicht nicht nur auf die Entwicklungsländer, sondern führt auch die Industrienationen Nordamerikas (USA, Kanada) und Europas mit auf. Dabei werden alle Staaten berücksichtigt, die effektive Staatsgewalt ausüben, unabhängig von ihrer Anerkennung durch die Völkerrechtsgemeinschaft. Am Schluß folgen StA-Vorschriften in Verfassungen abhängiger Gebiete von 9 »Kolonialstaaten«. Nach der Anzahl der Staaten zeigen die fünf Kontinente folgendes Bild:

Afrika:	55 Staaten
Asien:	38 Staaten
Europa:	36 Staaten
Amerika:	35 Staaten
Australien:	11 Staaten

Ohne eine Verfassung im formellen Sinn (einheitliches Dokument) leben 9 Staaten. Von ihnen haben 3 früher eine Verfassung gehabt; sie ist aber aufgehoben worden: Äthiopien, Burkina-Faso, Laos. 6 Staaten haben bisher noch nie eine geschriebene Verfassung besessen; nämlich in Europa: Andorra, Großbritannien und San Marino; in Asien: Israel, Oman und Saudiarabien. Lediglich zeitweise suspendierte Verfassungen sind noch aufgeführt. Nicht nur die Bundesrepublik Deutschland sondern auch eine Reihe von Staaten bezeichnen ihre Verfassung als Grundgesetz (bzw. -statut, -akt, -prinzipien), und zwar in Europa: Dänemark, die Niederlande, Norwegen, der Vatikan; in Amerika: Guatemala und Surinam; in Afrika: Äquatorialguinea, Benin, Tschad; und in Asien: Afghanistan.

Die Namen der jeweiligen Verfassungen werden bei germano-romanischen Sprachen im Original angegeben, sonst in deutscher Übersetzung. Das Datum in Klammern ist das des Inkrafttretens, soweit dies feststellbar war. Ein Gleichheitszeichen bedeutet, daß beide Daten übereinstimmen. Die älteste Verfassung der Welt, die heute noch gilt, ist die der USA (1787), es folgen Norwegen und die Niederlande (1815). Formell sind diese beiden Verfassungen trotz unzähliger Änderungen und Umnumerierungen noch als identisch anzusehen.

Von den 175 Staaten haben nur 45 keinerlei Regelung der Staatsangehörigkeit, während 3/4 aller Staaten irgendeine solche Vorschrift kennen. Das zeigt deutlich, wie die Drei-Elementen-Lehre des Staates noch heute wirksam ist. Die 45 Staaten ohne eine StA-Regelung verteilen sich wie folgt auf die Kontinente:

Europa:	Polen, Rumänien, Ungarn, Vatikan
Asien:	Bhutan, Japan, Kamboja, Nord-Korea, Thailand
Australien:	Neuseeland, Westsamoa
Afrika:	Algerien, Angola, Benin, Djibouti, Elfenbeinküste, Gabun, Guinea, Guinea-Bissau, Kamerun, Kongo, Lesotho, Libyen, Madagaskar, Mali, Marokko, Mauretanien, Mozambik, Niger, S. Tomé, Südafrika, Swaziland, Togo, Tschad, Zentralafrika.

Es fällt auf, daß knapp die Hälfte der Staaten Afrikas (24 von 55) keine Staatsangehörigkeitsregelung kennt. Es sind hier: vor allem ehemals französische Staaten (16), alle ehemals portugiesischen und nur 2 ehem. englische Staaten (Südafrika, Swaziland) sowie das ehem. italienische Libyen. Dabei waren es die französischen Revolutionsverfassungen von 1791–1799, die das materielle StAR erstmals in einer Verfassung regelten.

Der Inhalt der StAB'en läßt sich in formelle und materielle Bestimmungen differenzieren, wobei als letztere nur Erwerbs- und Verlustgründe gelten sollen.

I. Formelles Recht

1) Verweisung auf Gesetze

Die minimalste StAB in einer Verfassung verweist für die Regelung (Erwerbs- und Verlustgründe) auf die Gesetze. Diese materiellen Vorschriften dürfen dann nur durch Gesetz und auf Grund eines Gesetzes erlassen werden.

Ein entsprechender Gesetzesvorbehalt findet sich bei sehr vielen Staaten:

Afrika:	Ägypten, Bophutatswana, Burundi, Malawi, Rwanda, Senegal (als Zuständigkeitskatalog), Somalia, Sudan, Tunis, Zaire.
Asien:	Afghanistan, Bangladesh, Bahrain, Burma, Indonesien, Irak, Jordanien, Korea (Süd), Kuwait, Libanon, Qatar, Syrien, Vereinigte Arab. Emirate, Yemen (Nord)
Amerika:	Surinam
Europa:	Albanien, Belgien (verweist auf C.c.), Bulgarien, DDR, Frankreich, Irland, Liechtenstein, Monaco (mit weiteren), Portugal, Schweden, Schweiz (m. weiteren), Spanien, Sowjetunion, Zypern (Nord), Türkei (m. weiteren)

2) Bundesstaatsklauseln

In allen Bundesstaaten (außer Südafrika) ist bestimmt, daß der Bund für die Regelung der Bundes-StA zuständig ist, d. h. für die StA im völkerrechtlichen Verkehr. Eine Zuständigkeit der Länder für eine ev. Regelung der Länder-StA sehen nur die Bundesrepublik, Österreich, die Schweiz und die CSSR vor. Die CSSR regelt sogar nur die Grundsätze der StA, während die Einzelheiten den StAG'en der beiden Länder (Tschechei u. Slowakei) überlassen sind. Ferner ist jeder Bürger der beiden Länder dadurch Bürger der CSSR, ebenso wie in der Schweiz jeder Kantonsbürger dadurch Schweizerbürger ist.

In Jugoslawien haben die 6 Republiken 1974–1979 eigene StAG'en erlassen. Ebenso haben 25 Schweizer Kantone (außer Jura) eigene StAG'e (Bürgerrechtsgesetze), das älteste 1840 (Wallis), das neueste 1978 (Zürich). Die Schweiz regelte in der Verfassung bis 1983 außerdem noch die Kostenverteilung bei Einbürgerungen zwischen Bund und Kantonen. Heute heißt es, daß die StA Bundessache ist; die Kantone bürgern aber ein, nachdem der Bund zustimmt. Der Bund kann Mindestvorschriften für die Einbürgerung erlassen.

Die Bundesstaaten mit der genannten Zuständigkeitsklausel sind:

Afrika:	Komoren, Tanzania
Asien:	Indien, Malaysia, Pakistan, Ver. Arab. Emirate
Amerika:	Argentinien, Brasilien, Kanada, Mexico, Vereinigte Staaten, Venezuela

Australien: Australien
Europa: Bundesrepublik, Jugoslawien, Österreich, Schweiz, SU, Tschechoslowakei

Den Bundesstaaten entsprechende Klauseln gibt es in Spanien dafür, daß die Regionen, bei Frankreich bzw. den Niederlanden dafür, daß Neukaledonien und Polynesien bzw. die Nied. Antillen f. d. StA nicht zuständig sind. Ferner ist in den Verfassungen v. Cook u. Niue vorgesehen, daß das alte StA v. Neuseeland weiter galt, das neue aber nur mit Zustimmung der Inseln auf diese erstreckt werden konnte.

3) Einbürgerungsbehörde

6 Staaten regeln in der Verfassung, welche staatliche Institution die Einbürgerung vornimmt, nämlich entweder

der Präsident: Columbien, Finnland; oder

das Parlament: Norwegen, Mongolei, Belgien.

Der Kronrat ist in Monaco bei Einbürgerung u. Wiedererwerb zu hören.

4) Diskriminierung

Panama schloß Eingebürgerte von bestimmten Handelszweigen aus. Sierra Leone schloß Eingebürgerte von Parlamentssitzen aus und ließ Registrierte erst nach 25 Jahren zu, wobei solche Diskriminierung in einer anderen Verfassungsbestimmung ausdrücklich für zulässig erklärt wurde.

Norwegen dagegen ließ für Staatsämter ausdrücklich auch Eingebürgerte zu, falls sie die Landessprache sprechen.

Sri Lanka verbietet Unterscheidungen nach Erwerbsart (Geburt o. Registrierung): das gilt insb. für Tamilen.

Vier Staaten betonen, daß alle Staatsangehörigen auch Staatsbürger sind (China, Taiwan, Vietnam, Liechtenstein), d. h. daß jede Diskriminierung verboten ist, wie sie z. B. im Dritten Reich das Reichsbürgergesetz einführte.

5) Einheit der StA

Einige Staaten verkünden, aus je verschiedenen Gründen, daß die StA eine einheitliche sei:

Somalia tat dies, weil Brit. Somaliland sich 1960 für unabhängig erklärt und ein eigenes StAG erlassen hatte, das erst durch das somalische StAG v. 1962 aufgehoben worden war.

Zaire bestimmt, seine StA sei »une et exclusive«. Die Einheit dürfte sich auf den Separatismus Katangas beziehen, das 1961 ein eigenes StA erlassen hatte. Die Exklusivität wird dadurch erläutert, daß Doppelstaatigkeit verboten ist (s. u.). Die gleiche Vorschrift wird im StAG v. 1981 in Art. 1 II wiederholt.

Süd-Yemen hat in Art. 1 ein Vereinigungsgebot und sagt in Art. 2, daß Yemen ein Volk sei und daß die StA eine sei. Das dürfte bedeuten, daß Süd-Yemen allen StA'en Nord-Yemens seine eigene StA zuspielt, ähnlich der BRD in Bezug auf die DDR oder wie früher Art. 1 IV der DDR-Verfassung v. 1949 (»Es gibt nur eine deutsche StA«). Die Sowjetunion meint mit einheitliche StA die Bundeszugehörigkeit, indem sie hinzufügt, daß jeder Bürger einer Unionsrepublik ein StA'er der SU sei. Eine solche Bestimmung war insb. deshalb nötig, weil die Ukraine und Weißrußland im Widerspruch zum Völkerrecht, selbständige Mitglieder der UNO sind. Ebenso bedeutet die »eine« StA der Ver. Arab. Emirate die Bundeszugehörigkeit.

6) Diverses

Australien hat die bloß noch historische Vorschrift, daß eine lokale Einbürgerung in eine brit. Kolonie als Einbürgerung für ganz Australien anerkannt wird.

Vier Staaten des Commonwealth (Dominica, St. Christopher, St. Lucia, St. Vincent) erwähnen in den Mantel-Orders zu ihren Verfassungen, daß ihre StA'en auch Commonwealth Citizens sind, welche Vorschrift Malaysia in seine Verfassung selbst aufnahm. Tanzania bestimmt in seiner Verfassung, daß das StAG v. 1962 nur mit 2/3 Mehrheit geändert werden darf, womit das StAG praktisch zu Verfassungsrang erhoben wird. Portugal führt als Grund der StA auch Verträge an; Spanien ermächtigt zu Doppelstaater-Abkommen mit ibero-amerikanischen Staaten und solchen, mit denen besondere Bindungen bestehen.

II. Materielles Recht

A) Kernregelung

Der Kern des StA-Rechts, die Erwerbs- und Verlustgründe, werden in den meisten Staaten des Commonwealth (26) und 6 weiteren in der Verfassung geregelt, wobei daneben für Sonderfragen (Einbürgerung, Aberkennung, Wiedererwerb, Verfahren) noch ein eigenes StAG besteht. Diese Regelung gilt nach Kontinenten wie folgt:

Afrika: Botswana (aber StAB 1982 aufgehoben), Gambia, Ghana, Kenia, Mauritius, Nigeria, Seychellen, Uganda, Zambia, Zimbabwe. Dem Vorbild angeschlossen haben sich die 4 Bantu-Staaten (Bophutatswana, Ciskei, Transkei, Venda) sowie das anglophone Liberia.

Asien: Indien, Malaysia, Malediven, Singapur, Angeschlossen hat sich das früher unter brit. Oberhoheit stehende Nepal.

- Amerika: Antigua u. Barbuda, Bahamas, Barbados, Belize, Dominia, Grenada, Guyana, Jamaica, St. Christopher u. Nevis, St. Lucia, St. Vincent, Trinidad u. Tobago.
- Australien: Fiji, Kiribati, Nauru, Papua Neuguinea, Solomonen, Tuvalu, Vanuatu
- Europa: Malta, Zypern.

Das gleiche Prinzip gilt in den 17 ibero-amerikanischen Staaten, nämlich: Bolivien, Brasilien, Chile, Columbien, Costa Rica, Cuba, Domin. Republik, Ecuador, Guatemala, Honduras, Mexico, Panama, Paraguay, Peru, Salvador, Uruguay, Venezuela; sowie im frankophonen Haiti. Dem angeschlossen haben sich die früher spanischen Kolonien Äquatorialguinea und die Philippinen.

In 32 Staaten der Welt ist also das materielle StAR in der Verfassung geregelt. Ob das angesichts häufiger Staatsstriche, die die Verfassung außer Kraft setzen, noch überall sinnvoll ist, mag bezweifelt werden. Der Grundgedanke war jedenfalls, die StA als eines der 3 Elemente des Staates in der Verfassung hervorzuheben und ihre Änderung zu erschweren.

B) Einzelne Verlustgründe

Weitaus am verbreitetsten ist hier ein Ausbürgerungsverbot:

1) Oft ist allerdings nur gesagt, daß eine Entziehung der StA nur im Rahmen des Gesetzes erlaubt ist (Kuwait, Qatar, Nord- u. Südyemen) bzw. nur in den vom Gesetz definierten Sonderfällen (Ver. Arab. Emirate). Diese Klauseln sind von geringem Wert, da durch Gesetz alle Ausbürgerungstatbestände eingeführt werden können, ja sogar Gesetze zur Ausbürgerung bestimmter Personen möglich sind. Verboten ist lediglich eine individuelle Ausbürgerung ohne Gesetzesgrundlage.

Bahrain sagt, daß Eingebürgerten die StA im Rahmen des Gesetzes stets entziehbar sind, Gebürtigen dagegen nur in zwei Sonderfällen (s. u.).

Sri Lanka führt die Sections des StAG auf, auf Grund derer Entziehung möglich ist.

2) Einige Staaten erlauben eine Entziehung bei Treubruch (Illoyalität) in Taten (Türkei, Nord-Zypern) oder bei Dienst in fremder Wehrmacht (nur bei Gebürtigen u. wenn ungenehmigt = Monaco) oder bei Verstoß gegen Interessen, was durch Gesetz näher zu regeln ist (Griechenland).

Bahrain läßt eine Entziehung bei Gebürtigen nur bei Hochverrat zu, während sie bei Eingebürgerten unbeschränkt zulässig ist (s. o.). Jugoslawien hat eine sehr komplizierte Regelung: Bei Inlandswohnsitz ist eine Entziehung u. Ausweisung verboten. Bei Auslandswohnsitz ist sie nur auf Grund eines Bundesgesetzes und bei Besitz einer anderen StA möglich, wenn internationale oder andere Interessen Jugoslawiens geschädigt o. Bürgerpflichten nicht erfüllt sind.

Italien dagegen verbietet gerade jede Entziehung aus politischen Gründen – eingedenk des Faschismus.

Drei der o. g. Staaten kennen neben jenen Gründen noch Besitz (Bahrain) bzw. freiwilligen Erwerb einer fremden StA (Griechenland, Monaco), letzteres hat die beiden Entziehungsgründe nur bei Gebürtigen, während bei Eingebürgerten das Gesetz unbeschränkt weitere Tatbestände aufstellen kann.

Zaire verbietet Doppelstaatigkeit: das könnte dahin ausgelegt werden, daß bei Erwerb einer fremden StA automatisch strafweise die bisherige StA erlischt.

3) Vier Staaten verbieten generell jede Ausbürgerung (Bundesrepublik, Tunis, Nicaragua; Spanien bei Gebürtigen).

Nicaragua verbietet es auch, das Recht auf Wechsel der StA zu bestreiten.

Die BRD sagt außerdem, daß ein Verlust der StA in übrigen Fällen nur erlaubt ist, wenn man dadurch nicht staatenlos wird.

Iran erlaubt Ausbürgerung und anderen Verlust der StA nur, wenn man eine andere StA besitzt.

4) Die Türkei sagt, daß bei Entziehung der StA, die also unbeschränkt zulässig ist, der Rechtsweg nicht ausgeschlossen werden darf.

C) Einzelne Erwerbsgründe

1) Einbürgerung

Dänemark u. Island bestimmen formell, daß jede Einbürgerung nur durch Einzelgesetze erfolgen darf. Luxemburg sagt, das Gesetz bestimme die Folgen der Einbürgerung. Finnland sagt, das Gesetz müsse Bedingungen und Verfahren der Einbürgerung festlegen. In Belgien verleiht nur die sog. große Einbürgerung politische Gleichstellung. Syrien sieht vor, daß ein Gesetz ehem. Syrer und Söhne arab. Länder erleichtert einbürgern soll. Die Bundesrepublik bürgert die sog. Statusdeutschen als Staatsangehörige 2. Klasse ein. Materiellen Gehalt hat die Vorschrift, daß Einbürgerung erst nach 5 Jahren Wohnsitz u. Eid erfolgen darf (Tonga) bzw. nach 2 Jahren (Argentinien), wobei hier Abkürzung möglich ist.

Einem Einbürgerungsanspruch gleich steht die Gewährung eines Optionsrechts der Briten auf Cocos und Christmas für die australische StA. Einer Zwangseinbürgerung gleich steht der automatische StA-Erwerb auf Wallis und Futuna, deren Bewohner bisher franz. Schutzgenossen gewesen waren, sowie auf Guam und den Nordmarianen, deren Bewohner US-Bürger wurden.

2) Ius sanguinis oder ius soli

Die Verfassung der USA (ebenso Guam, Nordmarianen und im Treuhandgebiet) enthält ein Bekenntnis zum ius soli (was detailliert in vielen Verfassungen des Commonwealth u. Lateinamerikas vorkommt, s. o.). Wer in Brunei von 7 Rassen geboren war, war StA'er (so bis 1963). Fünf Staaten bekennen sich zum ius sanguinis, und zwar bei Abstammung von beiden Eltern (Finnland, Burma, Türkei) bzw. nur beim Vater (Monaco, Brunei).

3) Gleichberechtigung der Frau im StAR

In Island darf niemand wegen seines Geschlechts vom StA-Erwerb ausgeschlossen werden. In der Schweiz erwarben bis 1983 die Ehefrau und das Kind einer gebürtigen Schweizerin, wenn beide bei der Geburt Domizil in der Schweiz haben, die StA. Griechenland hat eine Gleichberechtigungsvorschrift, die in Art. 4 Abs. 2 unmittelbar vor einem StAB in Abs. 3 steht: diese generelle Vorschrift hat natürlich auch Auswirkungen auf das StAR, ebenso wie Art. 3 II GG.

4) Erwerb durch Beruf

In Österreich wird durch Antritt einer Stellung als Hochschullehrer automatisch die StA erworben, in Griechenland durch Eintritt in die Klöster des Athos.

5) Wiedereinbürgerung

In der Bundesrepublik gewährt Art. 116 II GG einen Wiedereinbürgerungsanspruch für Deutsche, die unter dem Nationalsozialismus 1933–1945 ausgebürgert wurden. Dies ist eine Wiedergutmachungsvorschrift, insb. für Juden. Im übrigen hat nur Griechenland eine ähnliche Regelung bei StA-Entziehungen unter der Diktatur 1967–1975, nur daß hier eine Einzelprüfung vorgesehen ist und kein absoluter Anspruch.

6) Indigenat

Bei abhängigen Gebieten gibt es verschiedene Formen einer Gebietszugehörigkeit. So regelt Bermuda den dortigen Status brit. StA'er; Gibraltar verweist dagegen für den Gibraltarian Status auf eine Sonder-VO. Anguilla und die brit. Virgin Islands regeln die Zugehörigkeit (»belonging to«). Finnland regelt f. d. Aaland-Inseln ausführlich ein echtes Indigenat, Dänemark für die Faröer nur ansatzweise. Cook und Niue regeln, wer ständiger Einwohner ist. Die 3 assoziierten Staaten der USA in der Südsee (Marschallinseln, Palau, Mikronesien) regeln eine eigene StA (Schutzangehörigkeit).

1. Afrika

1) Ägypten

11. 9. 1971 (=): Verfassung der Arabischen Republik Ägypten
StA: Art. 6 (Verweisung auf Gesetz)

2) Äquatorialguinea

3. 8. 1982: Ley Fundamental de Guinea Ecuatorial
StA: Art. 9–13 (materiell)

- 3) **Äthiopien**
ohne Verfassung
- 4) **Algerien**
22. 11. 1976: Ordonnance Nr. 97: Verfassung der Demokratischen Volksrepublik Algerien
StA: –
- 5) **Angola**
10. 11. 1978 (11. 11.): Lei Constitucional da Republica Popular de Angola
StA: –
- 6) **Benin**
26. 8. 1977: Loi Fondamentale de la République Populaire du Benin
StA: –
- 7) **Bophutatswana**
6. 12. 1977 (=): Republic of Bophutatswana Constitution Act, Nr. 18
StA: Sec. 80 (Originärer Erwerb; i. ü. Verweisung auf Gesetze)
- 8) **Botswana**
20. 9. 1966 (30. 9.): (UK) Botswana Independence Order, S. I. Nr. 1171
StA: Sec. 20–30 (materiell)
Änderungen der StA:
 - 1) 29. 1. 1969, Citizenship (Specific Date) Act, Nr. 2, ändert Sec. 23
 - 2) 18. 8. 1969, Constitution (Amd. and Suppl. Prov.) Act Nr. 30. ändert Sec. 25, 26; hebt auf Sec. 23
 - 3) 2. 7. 1970, Constitution Amd. Act, Nr. 25, ändert Sec. 25, 26
 - 4) 25. 9. 1973, Revision of the Laws Act, Nr. 15, läßt Nummer für aufgehobene Sec. 23 aufrücken
 - 5) 23. 9. 1982, Const. Amd. Act Nr. 32, hebt auf Sec. 20–29 n. F., nachdem StAG Nr. 25/1982 ergangen
- 9) **Burkina-Faso**
ohne Verfassung
- 10) **Burundi**
20. 11. 1981: Décrète-Loi Nr. 1–23: Constitution
StA: Art. 8 (Verweisung auf Gesetze)
- 11) **Ciskei**
4. 12. 1981 (=): Republic of Ciskei Constitution Act, Nr. 20
StA: Sec. 67 (materiell)
- 12) **Djibouti**
27. 6. 1977 (=): Lois Constituionelles Nr. 1 u. 2
StA: –
- 13) **Elfenbeinküste**
31. 10. 1960 (3. 11.): Loi 356: Constitution de la République
StA: –

- 14) **Gabun**
15. 4. 1975: Constitution de la République
StA: –
- 15) **Gambia**
24. 4. 1970 (=): Constitution of the Republic of Gambia Act, Nr. 1
StA: Sec. 3–12 (materiell)
- 16) **Ghana**
31. 12. 1982: Prov. Nat. Def. Council (Establ.) Procl. (Suppl. and Conseq. Prov.)
Law Nr. 42
StA: Sec. 51 (materiell) u. 60 (formell)
- 17) **Guinea**
10. 10. 1958 (12. 11.): Loi 4: Constitution de la République de Guinée
StA: –
- 18) **Guinea-Bissau**
16. 5. 1984: Constituição da República da Guiné-Bissau
StA: –
- 19) **Kamerun**
2. 6. 1972 (=): Decret Nr. 270: Constitution de la République du Cameroun
StA: –
- 20) **Kapverde**
7. 10. 1980 (13. 10.): Lei 3: Constituição de las islas de Capo Verde
StA: Art. 29 (aufgehoben durch Lei 2 v. 12. 2. 1981)
- 21) **Kenia**
10. 4. 1969 (18. 4.): Constitution of Kenya Act, Nr. 5
StA: Sec. 87–98 (materiell)
- 22) **Komoren**
1. 10. 1978: Constitution de la République Fédérale Islamique des Comores
StA: Art. 30 Z. 9 (Bundeszuständigkeit)
- 23) **Kongo**
8. 7. 1979: Constitution de la République Populaire du Congo
StA: –
- 24) **Lesotho**
13. 4. 1973: Lesotho Order, Nr. 13
StA: –
- 25) **Liberia**
19. 10. 1983: Constitution of the Republic of Liberia
StA: Sec. 27–28 (Grundzüge)
- 26) **Libyen**
11. 12. 1969: Verfassungsproklamation
StA: –

- 27) **Madagaskar**
30. 12. 1975: Constitution de la République Démocratique de Madagascar
StA: –
- 28) **Malawi**
14. 6. 1966 (6. 7.): Republic of Malawi (Constitution) Act, Nr. 2
StA: Sec. 7 der Constitution (ÜB u. Ermächtigung)
- 29) **Mali**
25. 4. 1974 (1. 7.): Constitution de la République du Mali
StA: –
- 30) **Marokko**
10. 3. 1972: Verfassung des Königreichs Marokko
StA: –
- 31) **Mauritius**
4. 3. 1968 (12. 3.): (UK) Mauritius Independence Order in Concil S. I. ohne Nr.
StA: Sec. 20–27 der Constitution (materiell)
- 32) **Mauretanien**
4. 1. 1980: Charte constitutionnelle du Comité Militaire de Salut National de Mauritanie
StA: –
- 33) **Mozambique**
20. 6. 1975 (25. 6): Constituição de la Republica Popular de Mocambique
StA: –
- 34) **Niger**
8. 11. 1960: Constitution de la République du Niger (1974 suspendiert, nicht aufgehoben)
StA: –
- 35) **Nigeria**
21. 9. 1978 (1. 10. 79): Constitution of the Federal Republic of Nigeria (Enactment) Decree, Nr. 25
StA: Sec. 23–29 (materiell), Sec. 268 (frühere StA)
- 36) **Rwanda**
20. 12. 1978: Constitution de la République Rwanda
StA: Art. 5 (Verweisung auf Gesetze)
- 37) **São Tomé e Príncipe**
5. 1. 1978 (⇒): Constituição Política de São Tomé e Príncipe
StA: –
- 38) **Senegal**
7. 3. 1963: Loi 32: Constitution de la République
StA: Art 56 (Parlament zuständig)
- 39) **Seychellen**
23. 3. 1979 (5. 6.): Constitution of the Republic of Seychelles Decree, Nr. 12
StA: Sec. 9–16 der Constitution (materiell)

- 40) **Sierra Leone**
 14. 6. 1978 (=): Constitution of Sierra Leone Act, Nr. 12
 StA: Sec 17 (4, h) und 44 (a, und Proviso): Nur StA-Diskriminierungen
- 41) **Somalia**
 August 1979: Verfassung der Demokratischen Republik Somalia
 StA: Art. 4 I (Einheit der StA), II (Verweisung auf Gesetze)
- 42) **Südafrika**
 22. 9. 1983 (3. 9. 84): Republic of South Africa Constitution Act, Nr. 110
 StA: –
- 43) **Sudan**
 14. 4. 1973 (8. 5.): Permanent Constitution of the Democratic Republic of the Sudan
 StA: Art. 11 (Verweisung auf Gesetze)
- 44) **Swaziland**
 12. 4. 1973 (=): King's Proclamation
 StA: –
- 45) **Tanzania**
 25. 4. 1977 (26. 4.): Constitution of Tanzania
 StA: Schedule 1 (StAG v. 1962 nur mit 2/3 Mehrheit änderbar)
 Schedule 2, § 6 (Union matters)
- 46) **Togo**
 30. 12. 1979 (13. 1. 80): Constitution de la République
 StA: –
- 47) **Transkei**
 1976 (26. 10.): Republic of Transkei Constitution Act, Nr. 15
 StA: Sec. 57–59 (materiell)
- 48) **Tschad**
 29. 9. 1982 (18. 10.): Acte fondamental de la République, Dekret Nr. 25
 StA: –
- 49) **Tunesien**
 1. 6. 1959 (=): Constitution de la République Tunisienne
 StA: Art. 11 (Verbot der Ausbürgerung = Expatrie); Art. 34 Z. 3 (Gesetzesvorbehalt) erst ab 1976!
 Änd.: 8. 4. 1976, Loi Nr. 37 ändert Art. 34 völlig, indem Gesetzesvorbehalt u. a. für StA eingeführt.
- 50) **Uganda**
 8. 9. 1967 (=): Constitution of the Republic of Uganda
 StA: Sec. 4–7 (materiell)
- 51) **Venda**
 30. 11. 1979: Republic of Venda Constitution Act, Nr. 9
 StA: Sec. 59–60 (materiell)

- 52) **Zaire**
 15. 2. 1978 (1. 3.): Lei 10: Constitution de la République de Zaire
 StA: Art. 11 I (Einheit der StA: Verbot der Soppelstaatigkeit)
 Art. 11 II (Verweisung auf Gesetze)
- 53) **Zambia**
 25. 8. 1973 (=): Constitution of Zambia Act, Nr. 27
 StA: Sec. 5–12 de Constitution (materiell); Sec. 3 des Mantelgesetzes (widerruft Indep. Act und Order v. 1964, die StAB'en hatten)
- 54) **Zentralafrika**
 5. 2. 1981 (=): Constitution de la République Centrafricaine
 StA: –
- 55) **Zimbabwe**
 6. 12. 1979 (18. 4. 80): (UK) Zimbabwe Constitution Order, S. I. Nr. 1600
 StA: Sec. 4–10 (materiell)
 Änd.: 1981, Act No. 3, hebt auf Sec. 8, ändert Sec. 9

2. Asien

- 1) **Afghanistan**
 21. 4. 1980: Grundprinzipien der Demokratischen Verfassung Afghanistans
 StA: Art. 27 (Verweisung auf Gesetz)
- 2) **Bahrain**
 26. 5. 1973: Verfassung des Staates Bahrain
 StA: Art. 17 I (Verweisung auf Gesetz; Ausbürgerung Gebürtiger nur bei Hochverrat u. Doppelstaatlichkeit)
 Art. 17 II (Eingebürgerten darf StA nur im Rahmen des Gesetzes entzogen werden)
- 3) **Bangladesh**
 4. 11. 1972 (16. 12.): Verfassung der Volksrepublik Bangladesh (suspendiert 1982)
 StA: Art. 6 (Verweisung auf Gesetz)
- 4) **Bhutan**
 27. 6. 1969 Verfassungskonvention
 StA: –
- 5) **Brunei**
 29. 9. 1959 Constitution of the State of Brunei, S. 97
 StA: Art. 2 Ziff. 4 u. 5 (Definition: Brit. Subject; Brunei'er)
 Art. 29 II (ursprüngl. StA)
 Änd. v. Art. 29 II durch Enactment Nr. 2 v. 13. 5. 1963 (»Untertan des Sultans« in Art. 29 I ist, wer nach StAG Staatsangehöriger)

- 6) **Burma**
 3. 1. 1974: Verfassung der Sozialistischen Republik der Union von Burma
 StA: Art. 145 (ursprüngl. StA)
 Art. 146 (Verweisung auf Gesetz)
- 7) **China**
 4. 12. 1982: Verfassung der Volksrepublik China
 StA: Art. 33 I (alle Staatsangehörigen sind Staatsbürger)
- 8) **China/Taiwan**
 1. 1. 1947 (25. 12.): Verfassung der Republik China
 StA: Art. 3 (Staatsangehörige sind Staatsbürger)
- 9) **Indien**
 26. 11. 1949 (26. 1. 50, aber Sec. 5–9 am 26. 11. 49) Constitution of India
 StA: Art. 5–11 (materiell)
 Änd.: Art. 7 Proviso II geändert f. Kaschmir durch indische Order Nr. 48 v. 14. 4. 1954
- 10) **Indonesien**
 17. 8. 1945 (=): Verfassung der indonesischen Republik
 StA: Art. 26 I (StA'e = Gebürtige u. Eingebürgerte)
 Art. 26 II (StA wird durch Gesetz geregelt)
 Änd.: Die Verfassung war 17. 8. 1950–5. 7. 1959 außer Kraft
- 11) **Irak**
 16. 7. 1970: Vorläufige Verfassung der Republik Irak
 StA: Art. 6 (StA wird durch Gesetz geregelt)
- 12) **Iran**
 15. 11. 1979: Verfassung der islamischen Republik Iran
 StA: Art. 41–42 (Verschiedenes)
- 13) **Israel**
 Keine Verfassung, nur einzelne Grundgesetze (ohne StAB)
- 14) **Japan**
 3. 11. 1946 (3. 5. 47): Verfassung v. Japan
 StA: –
- 15) **Jordanien**
 1. 1. 1952 (8. 1.): Verfassung des Haschimitischen Königreichs Jordanien
 StA: Art. 5 (StA wird durch Gesetz geregelt)
- 16) **Kambodscha**
 27. 6. 1981: Verfassung der Volksrepublik Kampuchea
 StA: –
- 17) **Korea (Nord)**
 27. 12. 1972: Sozialistische Verfassung der Demokratischen Volksrepublik Korea
 StA: –

- 18) **Korea (Süd)**
 26. 11. 1972: Verfassung der Republik Korea
 StA: Art. 2 I (StA wird durch Gesetz geregelt)
- 19) **Kuwait**
 11. 11. 1962 (Jan. 1963): Verfassung des Staates Kuwait
 StA: Art. 27 (StA wird durch Gesetz geregelt; Entzug nur im Rahmen des StAG)
- 20) **Laos**
 keine Verfassung
- 21) **Libanon**
 23. 5. 1926: Verfassung der Libanesischen Republik
 StA: Art. 6 (StA wird durch Gesetz geregelt)
- 22) **Malaysia**
 5. 8. 1957 (30. 8.): Federal Constitution: Constitution of Malaya
 StA: Art. 14–31 (materiell), Art. 155 (Commonwealth), Art. 160 II (Definition), Art. 170 (ÜB), Schedule 1 (Eid), Schedule 2 (StA i. a.), Schedule 9, Liste I, Nr. 5 (Bundeszuständigkeit)
 Änderungen:
 1) 26. 5. 1960, CAA Nr. 10, ändert Art. 16 u. 23
 2) 20. 2. 1962, CAA Nr. 20, ändert Art. 14, 15, 18, 19, 21, 23–26, 155, 160 II, Schedule 1; fügt ein Art. 15 A, 26 A, 26 B; hebt auf Art. 17 u. 20
 3) 26. 8. 1963, CAA Nr. 25, ändert Art. 16 u. 18, hebt auf Art. 170
 4) 16. 9. 1963, Malaysia Act Nr. 26, ändert Art. 14–16, 18, 19, 22, 24, 25, 26 A–B, 28, 30, 31; fügt ein Art. 16 A, 19 A, 28 B, 31 A, 31 B, hebt auf Art. 21, ändert Schedule 2
 5) 29. 7. 1964, CAA Nr. 19, hebt auf Art. 26 (4)
 6) 22. 6. 1965, Constitution and Malaysia Act (Amd) Act, Nr. 31, ändert Art. 160 II
 7) 9. 8. 1965, Constitution and Malaysia (Singapur Amd) Act, Nr. 53 widerruft alle Vorschriften betr. Singapur, da nach Sec. 12 für Singapur die StA Malaysias endet
 8) 19. 9. 1966, CAA Nr. 59, ändert Art. 14–16, 16 A, 18, 19, 26 A, 28 A, 30, 160 II, Schedule 2; hebt auf Art. 19 A, 30 A, 30 B
 9) 25. 2. 1976, CAA Nr. A 354, ändert Art. 24–25 und ersetzt überall »Borneo States« durch States of Sabah and Sarawak«
- 23) **Malediven**
 11. 11. 1968: Verfassung der Republik
 StA: Art. 2–4 (materiell)
 Änderung: 2. 2. 1972, Amendment, ändert Art. 4 (5)
- 24) **Mongolei**
 6. 7. 1960: Verfassung der Mongolischen Volksrepublik
 StA: Art. 34 (t) (Präsidium verleiht und hebt auf StA)

- 25) **Nepal**
16. 12. 1962: Verfassung des Königreichs Nepal
StA: Sec. 7–8 (materiell)
Änderungen:
 - 1) 12. 12. 1975, zweite Änderung, ändert Sec. 8 (2, d)
 - 2) 15. 12. 1980, dritte Änderung, ändert Sec. 8 (2, d); fügt ein Sec. 8 (2, e)
- 26) **Oman**
keine Verfassung
- 27) **Pakistan**
12. 4. 1973 (14. 8.): Verfassung der islamischen Republik Pakistan
StA: Schedule 4 I Nr. 4 (Federal List: Nationality, Citizenship, Naturalisation),
- 28) **Philippinen**
17. 1. 1973 (=): Constitution of the Republic of the Philippines
StA: Art. III (Sec. 1–4) (materiell)
- 29) **Qatar**
2. 4. 1970: Provisional Constitution for Qatar
StA: Art. 4 I (StA soll durch Gesetz geregelt)
Art. 4 II (Aberkennung der StA nur in Fällen des Gesetzes)
- 30) **Saudiarabien**
keine Verfassung
- 31) **Singapur**
29. 8. 1963 (16. 9.): (UK) Constitution of the State of Singapur, S. I. Nr. 1493
StA: Art 53–69; Schedule 2 (Eid); Schedule 3 (StA-Verfahren)
Änderungen:
 - 1) 7. 3. 1966, Modification of Laws (Constitution of Singapore) Order (MLCS) Nr. S 50, hebt auf Art. 53 (3), 55 (2), 56, 61 (5), 67
 - 2) 9. 12. 1966, MLSC Order Nr. S 259, fügt wieder eine Clause 2 zu Art. 55 hinzu; fügt 60 (3) an, fügt 61 (3 A) u. 63 A ein, ändert Schedule 2
 - 3) 10. 3. 1967, MLSC Order S 58, ändert Art. 54
 - 4) 3. 5. 1967, MLSC Order S 88, ändert Art. 57 (1), 60, 63 A (3), Schedule 2; ändert in Schedule 3 Sec. 7 u. hebt auf Sec. 16
 - 5) 25. 7. 1968, MLSC Order S 214, ändert Art. 57
 - 6) 6. 8. 1968, CAA Nr. 21, ändert Art. 55, 60 (3), 63 (2), 66
 - 7) 29. 12. 1969, CAA Nr. 19, ändert Art. 63 (2)
 - 8) I.K. 4. 5. 1979, CAA Nr. 10, fügt ein Art. 60 A
 - 9) 31. 3. 1980, Official reprint, verändert Verfassung total unter Einarbeitung der weitergeltenden Vorschriften der Verfassung Malaysias. Die StA sind jetzt Part X, Art. 120–141; Schedule 2–3 bleiben so.
- 32) **Sri Lanka**
31. 8. 1978 (7. 9.): Constitution of the Democratic Socialist Republic of Sri Lanka
StA: Art. 26 (Verschiedenes)

- 33) **Syrien**
31. 1. 1973 (13. 3.): Verfassung der Syrischen Arabischen Republik
StA: Art. 43 (StA durch Gesetz geregelt; Besonderes)
- 34) **Thailand**
22. 12. 1978 (=): Verfassung des Königreichs Thailand
StA: –
- 35) **Vereinigte Arabische Emirate**
18. 7. 1971: Vorläufige Verfassung der Vereinigten Arabischen Emirate
StA: Art. 8 (Diverses), Art. 120 Nr. 16 (Bundeszuständigkeit)
- 36) **Vietnam**
18. 12. 1980 Verfassung der Sozialistischen Republik Vietnam
StA: Art. 53 (Staatsangehörige sind Staatsbürger)
- 37) **Yemen (Nord)**
28. 12. 1970 (30. 12.): Verfassung der Arabischen Republik Yemen (suspendiert)
StA: Art. 20 (StA wird durch Gesetz geregelt; Ausbürgerungsverbot außer durch Gesetz)
- 38) **Yemen (Süd)**
30. 11. 1970: Verfassung der Demokratischen Volksrepublik Yemen
StA: Art. 2 (nur eine StA), Art. 43 (Ausbürgerungsverbot außer durch Gesetz)

3. Australien und Ozeanien

- 1) **Australien**
9. 7. 1900 (1. 1. 01): (UK) Commonwealth of Australia Constitution Act, 63/4 Vict., c. 12
StA: Sec. 34 (ii) der Constitution (auch bloße Kolonial-Einbürgerung anerkannt)
Sec. 51 Ziff. 19 (Bundeszuständigkeit)
- 2) **Fiji**
30. 9. 1970 (10. 10.): (UK) Fiji Independence Order in Concil, S. I. Nr. 1970
StA: Sec. 19–26 (materiell)
- 3) **Kiribati** (Gilbert Inseln)
26. 6. 79 (12. 7.): (UK) Kiribati Independence Order, S. I. Nr. 719
StA: Sec. 19–29 (materiell)
- 4) **Nauru**
29. 1. 1968 (31. 1.): Constitution of Nauru
StA: Art. 71–76 (materiell)
Änd.: 17. 5. 1968, ändert Art. 74; fügt neue Schedule 5 hinzu (nach VI ist Art. 71 u. 72 (1) nur mit 2/3 Mehrheit änderbar)
- 5) **Neuseeland**
30. 6. 1852: (UK) New Zealand Constitution Act, 15/6 Vict. 72
StA: –

- 6) **Papua Neuguinea**
 15. 8. 1975 (16. 9.): Constitution of Papua New Guinea
 StA: Sec. 64–81 (materiell) Schedule 2 (6) i. V. m. Schedule 5 (1) (Weitergeltung austral. StA-Rechts)
 Änderung: 23. 3. 1977, Constitution Amendment Act, Nr. 5 ändert Sec. 76
- 7) **Solomon Inseln**
 31. 5. 1978 (7. 7.): (UK) Solomon Islands Independence Order, S. I. Nr. 783
 StA: Sec. 20–26 (materiell)
- 8) **Tonga**
 4. 11. 1875: Constitution of Tonga
 StA: Sec. 29 Satz 1 (Einbürgerung)
 Änderungen:
 1) 21. 9. 1912, Amendment Act Nr. 35, ändert Sec. 29
 2) 12. 6. 1979, Amendment Act, ändert Sec. 29
- 9) **Tuvalu** (Ellice Inseln)
 25. 7. 1978 (1. 10.): (UK) Tuvalu Independence Order, S. I. ohne Nr.
 StA: Sec. 19–27 (materiell)
- 10) **Vanuata** (Neue Hebriden)
 30. 7. 1980 (=): Constitution of the New Hebrides
 StA: Art. 9–14 (materiell)
- 11) **Westsamoa**
 28. 10. 1960 (1. 1. 62): Constitution of the Independent State of Western Samoa
 StA: –

4. Amerika

- 1) **Antigua und Barbuda**
 31. 7. 1981 (31. 10.): (UK) Antigua und Barbuda Constitution Order S. I. Nr. 1106
 StA: Sec. 111–118 der Constitution (materiell); § 10 der 2. Schedule der Order (Commonwealth Citizen)
- 2) **Argentinien**
 25. 9. 1860 (1. 10.): Constitución de la Nación Argentina
 StA: Art. 20–21 (Einbürgerung), Art. 67 Ziff. 11 (Bund zuständig), Art. 108 (Provinzen unzuständig)
- 3) **Bahamas**
 20. 6. 1973 (10. 7.): Bahamas Independence Order, S. I. Nr. 1080
 StA: Sec. 3–14 der Constitution (materiell)
- 4) **Barbados**
 22. 11. 1966 (30. 11.): (UK) Barbados Independence Order, S. I. Nr. 1455
 StA: Sec. 2–10 der Constitution (materiell)
 Änd. der StA: 4. 10. 1974, Constitution Amendment Act Nr. 34, ändert Sec. 3, 6, 7

- 5) **Belize**
20. 9. 1981 (21. 9.): Constitution of Belize Act, Nr. 14
StA: Sec. 23–29 (materiell)
- 6) **Bolivien**
2. 2. 1967 (3. 2.): Constitución Política del Estado de Bolivia
StA: Art. 36–39 (materiell)
- 7) **Brasilien**
17. 10. 1969 (30. 10.): Constituição do Brasil
StA: Art. 3 XVII (o) (Bundeszuständigkeit), Art. 145–146 (materiell)
- 8) **Chile**
8. 8. 1980 (11. 3. 81) Constitución de Chile
StA: Art. 10–12 (materiell)
- 9) **Columbien**
4. 8. 1886 (6. 9.): Constitución política de Colombia
StA: Art. 8–9 (materiell), Art. 13 II (Wehrdienstbefreiung), Art. 120 Ziff. 17 (Präsident zuständig für Einbürgerung)
Änd. der StA: 1. 8. 1936, Acto Legislativo, ändert Art. 8–9
- 10) **Costa Rica**
7. 11. 1949 (8. 11.): Constitución de Costa Rica
StA: Art. 13–17 (materiell), ÜB 1 (zu Art. 13)
Änd. der StA: 9. (12.) 5. 1961, Decreto Legislativo 2739, ändert Art. 16
- 11) **Cuba**
24. 2. 1976 (=): Constitución de la República de Cuba
StA: Art. 28–33 (materiell)
- 12) **Dominica**
25. 7. 1978 (3. 11.): (UK) Commonwealth of Dominica Constitution Order, S. I. Nr. 1027
StA: Sec. 97–102 der Constitution (materiell), § 13 der 2. Schedule der Order (Commonwealth Citizen)
- 13) **Dominikanische Republik**
28. 11. 1966: Constitución de la República Dominicana
StA: Art. 11 (materiell)
- 14) **Ecuador**
23. 5. 1977 (10. 8. 79): Constitución política de la República del Ecuador
StA: Art. 5–11 (materiell)
Änd. der StA: 24. 8. 1983, Emenda constitucional, ändert Art. 6, 7, 11
- 15) **Grenada**
19. 12. 1973 (7. 2. 74): (UK) Grenada Constitution Order, S.I. Nr. 2155
StA: Art. 94–100 (materiell)
- 16) **Guatemala**
27. 4. 1982 (28. 4.): Estatuto Fundamental del Gobierno
StA: Art. 9–17 (materiell)

- 17) **Guyana**
20. 2. 1980 (6. 10.): Constitution of the co-operative Republic of Guyana, Act Nr. 2
StA: Art. 41–49 (materiell)
- 18) **Haiti**
27. 8. 1983 (=): Constitution de la République d’Haiti
StA: Art. 9–12 (materiell), Art. 15–16 (Einbürgerung), 17 (Wiedererwerb), 18 (Doppelstaater)
- 19) **Honduras**
11. 1. 1982 (20. 1.): Constitución de la República de Honduras, Decreto Nr. 131
StA: Art. 22–29 (materiell)
- 20) **Jamaica**
23. 7. 1962 (6. 8.): (UK) Jamaica Constitution Order, S.I. Nr. 1550
StA: Sec. 3–12 der Constitution (materiell)
- 21) **Kanada**
29. 3. 1982 (=): (UK) Canada Act, c. 11 (Constitution als Schedule B, i.K. 17. 4. 82)
StA: Sec. 91 Ziff. 25 des British North America Act, 1867 (Bundeszuständigkeit); dies britische Gesetz gilt z. T. noch weiter
- 22) **Mexico**
31. 1. 1917 (1. 5.): Constitución de los Estados Unidos de Mexico
StA: Art. 30 (Erwerb), 37 (A) (Verlust), 73 Ziff. 16 (Bundeszuständigkeit)
Änd.: 1) 18. 1. 1934, ändert Art. 30 u. 37
2) 6. 12. 1969, ändert Art. 30 (A II)
3) 27. 12. 1974, ändert Art. 30 (B II)
- 23) **Nicaragua**
21. 8. 1979: Estatuto de Derechos y Garantias del Pueblo de Nicaragua, Dekret Nr. 52
StA: Art. 26 (Jeder hat Recht auf StA; niemand darf StA o. Recht zu wechseln aberkannt werden)
- 24) **Panama**
12. 5. 1983 (6. 6.): Constitución Política de la República de Panamá
StA: Art. 8–16 (materiell), 288 (Handel nur f. bestimmte StA’e)
- 25) **Paraguay**
25. 8. 1967 (=): Constitución de la República de Paraguay
StA: Art. 24–30 (materiell), 36–37 (Allgemeines)
- 26) **Peru**
12. 7. 1979 (28. 7. 80): Constitución política del Peru
StA: Art. 89–94 (materiell)
- 27) **Salvador**
15. 12. 1983 (20. 12.): Dekret Nr. 38: Constitución Política de la República de El Salvador
StA: Art. 90–100 (materiell)

- 28) **St. Christopher und Nevis**
 22. 6. 1983 (23. 6.): Saint Christopher and Nevis Constitution Order, S.I. Nr. 881
 StA: Sec. 90–95 (materiell); § 11 der 2. Schedule zur Order (Commonwealth Citizens)
- 29) **St. Lucia**
 20. 12. 1978 (22. 2. 79): (UK) Saint Lucia Constitution Order, S.I. Nr. 1901
 StA: Sec. 99–104 (materiell), § 11 der 2. Schedule zur Order (Commonwealth Citizens)
- 30) **St. Vincent und Grenadinen**
 26. 7. 1979 (27. 10.): (UK) Saint Vincent Constitution Order, S.I. Nr. 916
 StA: Sec. 90–95 (materiell); § 12 der Schedule zur Order (Commonwealth Citizen)
- 31) **Surinam**
 24. 11. 1975 (25. 11.): Grondwet der Republik Suriname
 StA: Art. 2 I (Verweisung auf Gesetze)
- 32) **Trinidad und Tobago**
 29. 3. 1976 (31. 7.): Constitution of the Republic of Trinidad and Tobago Act, Nr. 4
 StA: Sec. 15–21 (materiell)
- 33) **Uruguay**
 24. 8. 1966 (15. 2. 67): Constitución de la República Oriental del Uruguay
 StA: Art. 73–76 (Erwerb), 81 (Verlust)
- 34) **Venezuela**
 23. 1. 1961 (=): Constitución de la República de Venezuela
 StA: Art. 35–42 (materiell), Art. 136 Ziff. 4 (Bundeszuständigkeit) ÜB 3 (zu Art. 36 II), ÜB 4 (Widerruf, Verfahren)
- 35) **Vereinigte Staaten**
 17. 9. 1787 (1. 7. 89): Constitution of the United States of America
 StA: Art. I, Sec. 8 (Einbürgerung ist Bundessache)
 Änd.: 9. (28.) 7. 1868, XIV. Amendment (ius soli unbeschränkt)

5. Europa

- 1) **Albanien**
 28. 12. 1976 (=): Gesetz Nr. 5506: Verfassung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien
 StA: Art. 38 (StA'er ist, wer StA gemäß Gesetz hat)
- 2) **Andorra**
 keine Verfassung
- 3) **Belgien**
 7. 2. 1831 (25. 2.): Constitution du Royaume de Belgique
 StA: Art. 4–5 (Verschiedenes), Art. 133 (ÜB, Option)

Änd.: Die Angabe bei Franz, Staatsverfassungen 1950, S. 52–53, Art. 5 II sei 1921 gestrichen, ist falsch. Alle obigen 3 Artikel wurden niemals geändert.

- 4) **Bulgarien**
8. 5. 1971 (18. 5.): Verfassung der Volksrepublik Bulgarien
StA: Art. 34 (StA wird durch Gesetz geregelt)
- 5) **Dänemark**
5. 6. 1953 (=): Lov Nr. 169: Danmarks Riges Grundlov
StA: § 44 I (Einbürgerung nur aufgrund des Gesetzes)
- 6) **Deutschland (BRD)**
23. 5. 1949 (24. 5.): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
StA: Art. 16 I (StA-Verlust), Art. 73 Z. 2 u. 74 Z. 8 (Zuständigkeit), Art. 116 (Besonderes)
- 7) **Deutschland (DDR)**
6. 4. 1968 (9. 4.): Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik
StA: Art. 19 IV (StA wird durch Gesetz geregelt)
- 8) **Finnland**
17. 7. 1919: Regierungsform
StA: § 4 I (Abstammung), II (Einbürgerung), § 31 (Präsident verleiht u. entläßt)
- 9) **Frankreich**
4. 10. 1958 (5. 10.): Constitution de la République Française
StA: Art. 34 II (Regelung durch Gesetz)
- 10) **Griechenland**
9. 6. 1975 (11. 6.): Verfassung von Griechenland
StA: Art. 4 III (Verlustgründe), Art. 105 I, 3 (Athos), Art. 111 Z. 5–6 (ÜB)
- 11) **Großbritannien**
keine Verfassung
- 12) **Irland**
1. 7. 1937 (29. 12.): Verfassung von Eire
StA: Art. 9 (Diverses)
- 13) **Island**
23. 5. 1944 (17. 6.): Gesetz Nr. 33: Verfassung der Republik Island
StA: Art. 68 Satz 1 (Einbürgerung nur aufgrund eines Gesetzes)
- 14) **Italien**
27. 12. 1947 (1. 1. 48): Costituzione de la Repubblica Italiana
StA: Art. 22 (Ausbürgerungsverbot aus politischen Gründen)
- 15) **Jugoslawien**
21. 2. 1974 (=): Verfassung der Sozialistischen Bundesrepublik Jugoslawien
StA: Art. 200 II–III (Ausbürgerung), Art. 249 (Bundes- u. Länder-StA)
- 16) **Liechtenstein**
5. 10. 1921: Verfassung des Fürstentums Liechtenstein
StA: Art. 29 (Landesangehörige haben Bürgerrecht), Art. 30 (Gesetze bestimmen StA)

- 17) **Luxemburg**
17. 10. 1868: Constitution du Grand-Duché de Luxembourg
StA: Art. 9 I (Verweist auf CC), Art. 10 (Einbürgerung)
Änderung: 6. 5. 1948, Verfassungsänderungsgesetz, ändert Art. 10
- 18) **Malta**
2. 9. 1964 (21. 9.): (UK): Malta Independence Order, S. I. Nr. 1398
StA: Sec. 23–32 der Constitution
Änderungen:
 - 1) 29. 10. 1965 Constitution of Malta (Application of Sec. 29) Act, Nr. 41, ändert Sec. 29
 - 2) 25. 10. 1966, CAA, Nr. 37, ändert Sec. 28
 - 3) 14. 3. 1967, Constitution of Malta (Application of Sec. 29) Act, Nr. 9, ändert Anwendung v. Sec. 29
 - 4) 13. 12. 1974 CAA, Nr. 58, ändert Sec. 24, 27, 28, 32; gibt ÜB
 - 5) 25. 3. 1977, CAA, Nr. 10, ändert Sec. 32
- 19) **Monaco**
15. 12. 1962 (=): Constitution de la Principauté de Monaco
StA: Art. 18 (Diverses), Art. 77 II (Kronrat bei Einbürgerung u. Wiedererwerb hören)
- 20) **Niederlande**
24. 8. 1815 (28. 8.): Grondwet voor het Koninkrijk der Nederlanden
StA: siehe Änderungen:
 - 1) 14. 11. 1848, eines der 12 Änderungsgesetze führt in den neunumerierten Text erstmals eine StAB ein: Art. 7 I (Verweisung auf Gesetz), II (Einbürgerung)
 - 2) 15. 11. 1887, eines der 11 Änderungsgesetze fügt zu Art. 7 einen Abs. III (Erstreckung von Einbürgerung) hinzu und numeriert ihn um in Art. 6
 - 3) 9. 12. 1922, eines der 10 Änderungsgesetze faßte Art. 6 I–II neu
 - 4) 19. 1. 1983, eines der 35 Änderungsgesetze (StBl Nr. 20), die am 17. 2. 83 in Kraft traten, hob in Art. III den alten Art. 6 auf und führte einen neuen Art. 2 ein, dessen Ziff. 1 lautete: »Das Gesetz bestimmt, wer Niederländer ist«.
- 21) **Norwegen**
4. 11. 1814: Grundlov
StA: § 75 lit. 1 (Storting bürgert ein), § 92 (Indigenatsvoraussetzungen für Ämter)
Änderungen v. § 92 durch Gesetze
 - 1) 15. 6. 1878
 - 2) 4. 6. 1892
 - 3) 19. 3. 1901
 - 4) 15. 5. 1919
 - 5) 28. 6. 1952
- 22) **Österreich**
1. 10. 1920 (10. 11.): Bundesverfassung
StA: Art. 6 I–IV (Landesbürgerschaft; Erwerb durch Hochschullehrer), Art. 11 Ziff. 1 (Bundeszuständigkeit)

Änderung: Art. 6 I–III sind seit 1945 unanwendbar, da es seitdem keine Landesbürgerschaft mehr gibt. § 1 des StBG v. 1965 behält Landesbürgerschaft einem Bundesverfassungsgesetz vor, das bisher nicht ergangen ist.

- 23) **Polen**
22. 7. 1952 (=): Verfassung der Polnischen Volksrepublik
StA: –
- 24) **Portugal**
2. 4. 1976 (25. 4.): Constituição da República Portuguesa
StA: Art. 4 (StA'e sind die durch Gesetz oder internat. Konvention)
- 25) **Rumänien**
21. 8. 1965: Verfassung der Sozialistischen Republik Rumänien
StA: –
- 26) **San Marino**
keine Verfassung
- 27) **Schweden**
28. 2. 1974 (1. 1. 75): Regeringsform
StA: Kap. 8, § 2 Ziff. 1 (StA wird durch Gesetz geregelt)
- 28) **Schweiz**
29. 5. 1874: Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
StA: Art. 43–45 (Diverses), Art. 54 IV (durch Ehe erwirbt Frau Heimatrecht des Mannes), Art. 68 (Heimatlose), Art. 110 II (Bundesgericht zuständig)
Änderungen:
 - 1) 25. 5. 1928, Verfassungsänderungsgesetz betr. Art. 44, ändert I–II, fügt hinzu III–VI
 - 2) 24. 6. 1983, Verfassungsänderungsgesetz, faßt Art. 44 völlig neu (nur noch 3 Absätze), hebt auf Art. 54 IV
- 29) **Sowjetunion**
7. 10. 1977 (9. 11.): Verfassung der UdSSR
StA: Art. 33 (Bundeszuständigkeit; Regelung durch Gesetz; Schutz im Ausland)
- 30) **Spanien**
27. 12. 1978 (29. 12.): Constitución de España
StA: Art. 11 (Diverses), Art. 149 Ziff. 2 (Staat, nicht Regionen zuständig)
- 31) **Tschechoslowakei**
27. 10. 1968 (1. 1. 69): Verfassungsgesetz Nr. 143 über die Föderation
StA: Art. 5 (Diverses)
- 32) **Türkei**
18. 10. 1982 (9. 11.): Gesetz Nr. 2709: Verfassung der Türkischen Republik
StA: Art. 66 (Diverses)
- 33) **Ungarn**
18. 8. 1949 (20. 8.): Verfassung der Ungarischen Volksrepublik
StA: –

34) **Vatikan**

7. 6. 1929: Legge fondamentale

StA: –

35) **Zypern**

6. 4. 1960 (16. 8.): (UK) Republic of Cyprus Order in Council, S. I. Nr. 1368

StA: Art. 198 (materiell)

36) **Zypern (Nord)**

12. 3. 1985: Verfassung der Türkischen Republik Nordzypern

StA: Art. 53 alt (StA durch Gesetz geregelt, Ausbürgerung)

6. Abhängige Gebiete

1. Australien

Von den 9 Territorien Australiens haben 7 keine StAB (4 Inseln, Antarktis, Nord-Territorien, Canberra), jedoch Christmas und Cocos:

16. 6. 1955 (23. 11.): **Cocos** (Keeling) Islands Act, Nr. 34

StA: Sec. 14–15 (materiell) Änderungen der StA:

1) 8. 10. 1958, Amd. Act Nr. 67 fügt Sec. 14 (4) an

2) 5. 3. 1979, Amd. Act. Nr. 6, ändert Sec. 14–15, fügt ein Sec. 14 A

2. 9. 1958 (1. 10.): **Christmas** Islands Act, Nr. 41

StA: Sec. 15–16 (materiell)

Änderungen der StA: 17. 12. 1980, Amd. Act 174, ändert Sec. 15–16, fügt ein Sec. 15 A

2. Dänemark

Das Autonomiegesetz Grönlands v. 29. 11. 1978 hat keine StAB, aber 23. 3. 1948 Lov Nr. 137 om **Faerøernes** Hjemmestyre

StA: § 10 (Name in Paß; Faröer sind wohnhafte dän. StA'e; Wahlrecht beschränken auf Faröer)

3. Finnland

28. 12. 1951 (1. 1. 52): Gesetz Nr. 670 betr. Autonomie der **Aaland**-Inseln

StA: Art. 3 (Indigenat, ausführlich)

4. Frankreich

4 DOM in Amerika (Guyana, Guadeloupe, Martinique, St. Pierre et Miquélon) und 1 im indischen Ozean (Réunion) sowie zwei Quasi-TOM (Austral-Antarktis, Mayotte) haben keine Verfassungen. Die 3 TOM, die eine Verfassung haben, haben auch eine StAB:

29. 7. 1961: Loi 814, Statut pour **Wallis et Futuna**

StA: Art. 2 Satz 1 (Erwerb franz. StA im bisherigen Protektorat)

28. 12. 1976: Loi 1222; Organisation constitutionnelle de la **Polynésie Française**
StA: Art. 7 (Frankreich bleibt zuständig)

12. 7. 1977: Loi 772: Organisation constitutionnelle de la **Nouvelle Calédonie**
StA: Art. 62 (dito)

5. Großbritannien

Folgende brit. Kolonien haben in ihren Verfassungsregelungen keine StAB: Brit. Antarctic Territory, Brit. Indian Ocean Territory, Cayman Islands, Falkland Islands and Dependencies, Hong Kong, Montserrat, Pitcairn, St. Helena, Turks and Caicos Islands. In den Constitution Orders von 4 Gebieten findet sich auch eine StAB:

14. 2. 1968 (21. 2.): **Bermuda** Constitution Order, S.I. Nr. 182

StA: Sec. 102 (3) der Constitution (Bermuda Status)

23. 5. 1969 (=): **Gibraltar** Constitution Order, ohne Nr.

StA: Sec. 17 (3) der Constitution (Gibraltarium Status, Verweisung)

15. 12. 1976 (Jan. 77): **Virgin Islands** (Constitution) Order, S.I. Nr. 2145

StA: Sec. 2 (2) der Constitution (Belonging to Virgin Islands, ausführlich)

10. 3. 1982 (1. 4.): **Anguilla** Constitution Order, S.I. Nr. 334

StA: Sec. 4 der Order (Citizenship), Sec. 18 (5) der Constitution (Belonging to Anguilla, ausführlich)

6. Neuseeland

Für die Ross Dependency (Antarktis) und Tokelau bestehen keine StAB'en, jedoch für Cook und Niue:

17. 11. 1964 (4. 8. 65): **Cook Islands** Constitution Act, Nr. 69

StA: Sec. 6 des Act (das StAG v. NZ v. 1948 galt weiter)

Art. 28 der Constitution (ständige Einwohner), geändert durch Amd. Act. Nr. 2 v. 7. 6. 1965

Art. 46 der Constitution (Gesetz v. NZ nur bei ausdrücklicher Bitte der Inseln auf diese erstreckbar: so StAG v. 1977)

29. 8. 1974 (=): **Niue** Constitution Act, Nr. 42

StA: Sec. 5 des Act (das StAG v. NZ v. 1948 galt weiter)

Art. 17 der Constitution (ständige Einw.)

Art. 36 der Constitution (Ges. v. NZ nur bei ausdrücklicher Bitte der Inseln auf diese erstreckbar; so StAG v. 1977)

7. Niederlande

29. 3. 1955 (=): Staatsregeling van de Nederlandse Antillen

StA: Art. 6 (StA regelt das Reich)

28. 10. 1954 (29. 12): Statuut voor het Koninkrijk der Nederlanden

StA: Art. 3 (c) (StA ist Reichssache)

8. Portugal

Die einzige portugiesische Kolonie, **Macao**, hat in ihrem Autonomiegesetz v. 10. 2. 1976 keine StAB

9. Vereinigte Staaten

Von den amerikanischen Außenbesitzungen haben keine StAB die Verfassungen von Ost-Samoa, Puerto Rico und den Virgin-Islands und die Ordnung der Panama-Kanalzone. Nur 5 Südseegebiete haben in ihren Verfassungen StAB'en:

1. 8. 1950 (21. 7.): **Guam Organic Act**, Ch. 512

StA: Sec. 4 (ändert StAG der USA)

24. 10. 1975 (10. 5. 79): Constitution of the Federated State of **Micronesia** (= Karolinen)

StA: Art. III (Sec. 1–6) (materiell)

5. 12. 1976 (9. 1. 78): Constitution of the Northern **Marianas**

StA: Sec. 8 der Schedule (vorläufige US-Citizens)

21. 12. 1978 (1. 5. 79): Constitution of the **Marshall Islands**

StA: Art. XI (Sec. 1–3) (materiell)

31. 7. 1980 (1. 1. 81): Constitution of the Republic of **Belau** (= Palau)

StA: Art. III (Sec. 1–5) (materiell)